



(v.l.n.r.): Felix Thier, Annekathrin Loy, 1. Beigeordnete Kirsten Gurske, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Roland Scharp, Dirk Hohlfeld, Hartmut Rex, Landrätin Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Peter Dunkel und Maritta Böttcher (Heike Kühne fehlt auf dem Foto.)

DAS SOMMERLOCH FÄLLT AUS

Vor den Parlamentsferien hat der Landtag die Verwaltungsstrukturreform (VSR) als Grundlagenbeschluss für das mehrjährige Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht. Zum Jubeln hat es nicht überall gereicht, aber die Koalitionspartner strahlten Zufriedenheit aus. Berechtigt, weil ein Hauptziel ihres Vertrages zum Regierungsantritt Realität für das politische Handeln geworden ist. In der Landtagsdebatte am 13. Juli 2016 offenbarten sich erwartungsgemäß die Befürworter und Gegner des Vorhabens. Doch diese Einteilung der politischen Lager ist kritisch, weil die Meinungsäußerungen und Vorschläge überwiegend in Anerkennung der Reformnotwendigkeit geäußert wurden. So auch von unserer Landrätin und allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie vom Amtsdirektor in einer gemeinsamen Erklärung an die Landtagspräsidentin. Der Grundtenor aller Wortmeldungen war, Reform ja, aber ausgewogen und überschaubar für alle Ebenen ohne Finanzierungsvorbehalte. Die kommunale Familie hat bis zur Beschlussfassung alle Möglichkeiten

der demokratischen Mitwirkung genutzt. Gleichmaßen haben sich Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN. TF eingebracht. Offensichtlich waren und sind unsere Ansprüche, bezogen auf die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Kreise und Kommunen, größer als die Umsetzung im Leitbild gewollt oder gekonnt war. Auch die späte Einsicht der Hauptakteure der öffentlichen Diskussionen, künftig mehr Möglichkeiten zu bieten, lässt für den Gesetzgebungsprozess hoffen. Ebenso muss die politische Auseinandersetzung mit der SPD offensiver stattfinden. Die Doppelfunktion von Parteivorsitz und Finanzminister eignet sich nicht besonders für die Darstellung der Finanzpolitik von EU und Bund, aber die Hauptursachen für die fehlende Finanzausstattung der Kommunen liegen in der Regierungsverantwortung von CDU und SPD im Bund. Politik ist kein Rechenmodell mit objektiver Begründung. Es ist zu schlicht, wenn Harald Sempf (SPD), Hauptdezernent in Falkensee (zu- vor Landratsberater in TF), die These aufstellt »wer möchte, dass auch in 20 Jahren noch Schlaglö-

cher ausgebessert werden ..., dass der Schulbus über Land fährt, der sollte für die Reform sein.« (MAZ vom 22. Juli 2016).

Die sozial gerechte Daseinsvorsorge der Zukunft muss politisch erungen werden. Besonders deshalb brauchen künftige Gesetze öffentliche Akzeptanz und Mitwirkungsmöglichkeiten.

Wie nun weiter mit der Verwaltungsstrukturreform?

Christian Görke hat als Landesvorsitzender mit dem Dank an alle Beteiligten der VSR in seinem Mitgliederbrief die Schwerpunkte Teilentschuldung der Kommunen, Kostenbeteiligung des Landes an der Reform sowie Stärkung der Oberzentren hervorgehoben. Der weitere Reformprozess »müsse die Landkreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und kommunalen Spitzenverbände intensiv einbeziehen.« (Brief Christian Görke vom 13. Juli 2016)

Für uns heißt das, die VSR ist in ihrer Abstraktheit nur durch die aktive Beteiligung am Diskussionsprozess verständlicher zu gestalten. Die Akzeptanz bei der Bevölkerung ist für künftige Entscheidungen wichtig.

Für unsere Mitwirkung – auch in dieser Zeitung – können es folgende Themenkreise sein:

■ Regelungen im angekündigten Demokratiepaket für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit von Mandatsträgern unter veränderten Bedingungen;

■ die Landkreise müssen für Bürgeranliegen, Verwaltung und Ehrenamt überschaubare Strukturen aufweisen;

■ der ländliche Raum darf in seinen Entwicklungschancen nicht benachteiligt werden. Das Sektoralprinzip muss dafür Unterstützung ermöglichen;

■ die Finanzsituation der Kreise in Abhängigkeit der Einwohnerzahl und den sogenannten Fallzahlen dürfen kein soziales Gefälle bewirken;

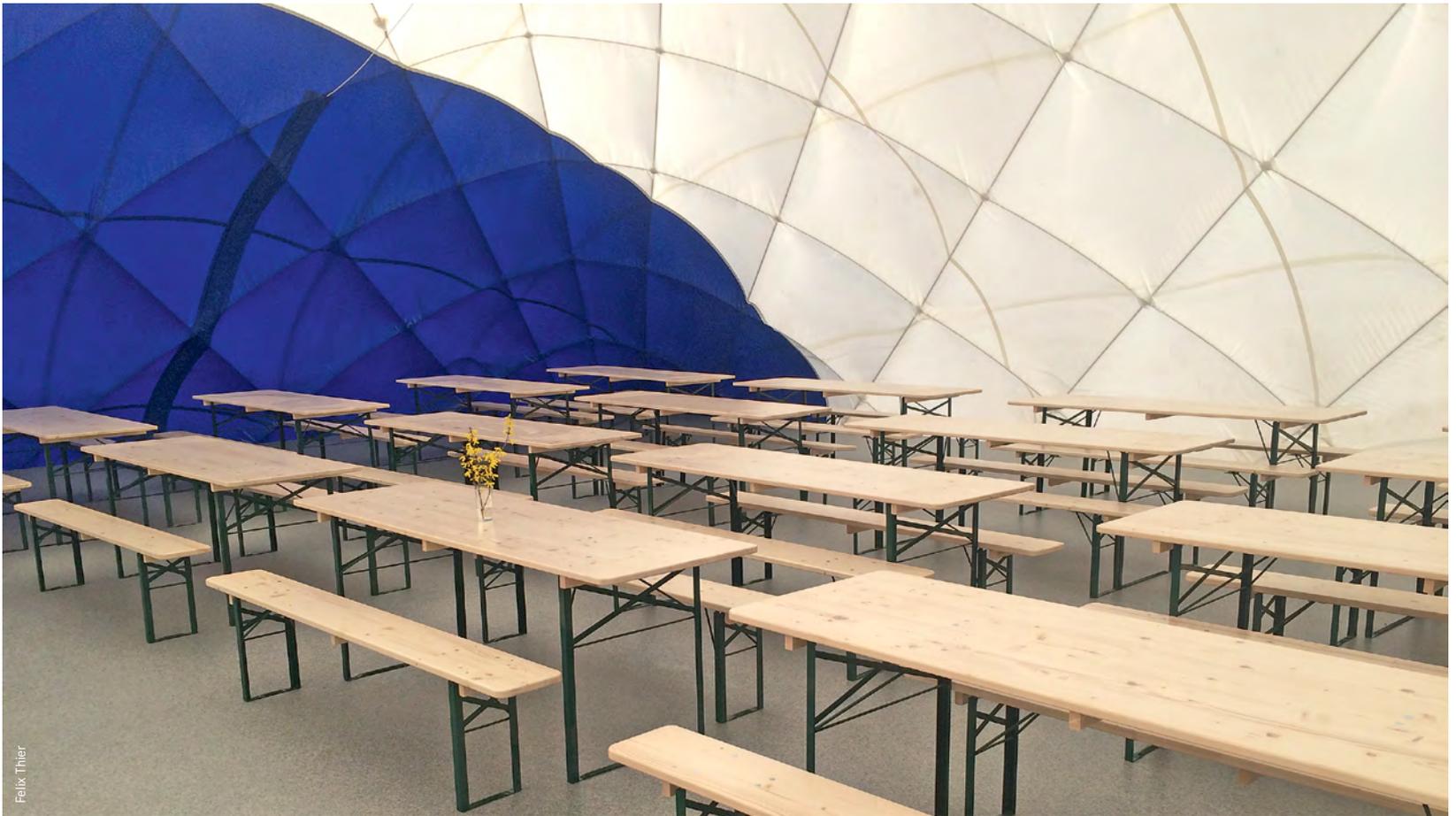
■ das Finanzierungskonzept muss langfristig angelegt sein und über die Anschubfinanzierung hinaus gehen;

■ die Landesregierung muss die jetzt beginnende Gesetzgebungsdebatte für alle beteiligten Ebenen öffentlichkeitswirksam und transparent gestalten. Der Weg wird kein leichter sein.

Unsere Zeitungsredaktion hat großes Interesse, Standpunkte und Meinungsäußerungen aus den Basisorganisationen und Fraktionen zu veröffentlichen.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

ZUR SITUATION DER FLÜCHTLINGSPOLITIK



Rund 1.900 Flüchtlinge leben derzeit in 16 Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen im Landkreis Teltow-Fläming. Aktuell wurde mit Schönhagen eine der beiden Thermohallen belegt. Dort wohnen derzeit knapp 60 Personen, die von der AWO betreut werden.

Weiterhin nahm eine zweite Einrichtung in Rangsdorf ihren Betrieb auf. Rund 260 Personen erhalten bereits Leistungen nach dem SGB II. Aufgrund der Tatsache, dass vielfach die Passprüfung lange Zeit in Anspruch nimmt, sind diese Flüchtlinge meist noch an den Wohnsitz im Landkreis Teltow-Fläming gebunden. Bis sich ihre Lebenssituation geklärt hat, können sie in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben, wenn die Zugangszahlen weiterhin so moderat bleiben.

Während in den letzten vier Monaten des Jahres 2015 insgesamt rund 1.200 Asylbewerber zugewiesen wurden, waren es in diesem Jahr bisher lediglich 255. Das ist ein Rückgang von fast 80 Prozent. Der Kreis hat diese Situation genutzt, um Notfallplätze und Überbelegungen abzubauen. Für einen Teil der Geflüchteten bedeutete dies einen Umzug, der manchmal auf Widerstand stieß, obwohl sich die Wohnbedingungen im Rahmen der

Gemeinschaftsunterbringung sogar verbessert haben. Nicht jeder Asylsuchende und auch nicht alle Ehrenamtler haben Verständnis für die erforderlichen Umzüge.

Dass dieser Verdichtungsabbau stattfinden musste, resultiert aus den Mindestbedingungen, die das Land Brandenburg für die Unterbringung definiert hat. Sie waren nur für die Zeit mit den extrem hohen Zugängen punktuell aufgehoben worden. Die Belegungsreduzierung verbessert mit Sicherheit die Situation vor Ort. Etwas mehr Platz für die Menschen und auch die Entlastung der Sozialarbeiter kann nur Vorteile bringen.

Der Verzicht auf Auszüge hätte ab dem 1. Juli 2016 eine deutlich geringere Kostenerstattung bei gleichbleibenden Kosten zur Folge gehabt. Durch unsere Mitarbeiter wurde jedoch sichergestellt, dass die Schulkinder nicht ihre Klassen verlassen mussten sowie Praktikumsplätze oder Sprachkursteilnahme nicht in Frage gestellt waren.

Mit dem Beschluss des Kreistages konnte Teltow-Fläming der Rahmenvereinbarung für die elektronische Gesundheitskarte beitreten. Gemeinsam mit der AOK wird jetzt die Umstellung vorbereitet. Ab September sollen die ersten Flücht-

linge dann ihre Karten erhalten. Die Menschen können dann ohne Umwege über das Sozialamt eine Arztpraxis aufsuchen. Allerdings bleibt das Leistungsangebot trotz Gesundheitskarte auf Schmerz- und Notbehandlungen beschränkt.

Neben der räumlichen Verbesserung kann in den Heimen jetzt auch mehr Personal beschäftigt werden. Auch wenn die Zahl der Sozialarbeiter/-innen lange noch nicht ausreichend ist, haben wir hier eine positive Veränderung in der Betreuung. Ein großes Problem stellt jedoch die Fachkräftegewinnung dar. Es wird immer schwieriger, Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen oder zumindest in der Flüchtlingsarbeit erfahrene Personen zu finden.

Auch in der Betreuung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge ist das ein Problem. Derzeit leben rund 100 dieser Jugendlichen in Teltow-Fläming und werden durch das Jugendamt betreut. Seit geraumer Zeit können viele von ihnen am Oberstufenzentrum zur Schule gehen. Für viele Jugendliche stellt das Problem und Herausforderung gleichzeitig dar. So sehr sie sich den Zugang zur deutschen Gesellschaft wünschen, so stark ist oft auch der Druck aus der Vergangenheit. Viele Jugendliche sind ein solches

Bildungs- und Ausbildungssystem nicht gewöhnt. Sie wünschen sich Arbeit, um schnell Geld zu verdienen und die Zuhausegebliebenen unterstützen zu können.

Eine Herausforderung für den Kreis wird es auch, die einmalige Unterstützung mit Bundesmitteln zu kompensieren. Die Bundesmittel stehen nur noch bis Ende 2016 zur Verfügung. Einige soziale Angebote, die daraus finanziert wurden, sind freiwillige Leistungen, aber aus unserer Sicht von großer Bedeutung. Für die Helferkoordination bei der GAG, für die mobile Flüchtlingshilfe bei der Diakonie, aber auch in der Jugendprojektarbeit müssen für 2017 neue Lösungen gesucht werden. Gute Ideen sind gefragt.



Kirsten Gurske, Luckenwalde

3. MANDATSTRÄGERTREFFEN DER LINKEN BRANDENBURG

Am 2. Juli luden das Kommunalpolitische Forum Brandenburg e. V. und die Landtagsfraktion DIE LINKE zum dritten Mal in Jahresfolge alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nach Potsdam in den Landtag ein. Ziel war ein intensiver und konstruktiver Informations- und Erfahrungsaustausch der Abgeordneten auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene.

Einleitende Worte durch den LINKEN-Landesvorsitzenden Christian Görke gaben einen informativen Einblick in die Koalitionsarbeit, die sich nicht immer einfach gestaltet. Gerade im Dauerthema der Altanschießer ist es sehr schwierig, aufgrund einer fehlenden Mehrheit, die eigenen Standpunkte der Partei durchzubringen. Finanziell entlastende Lösungen für die Zweckverbände

und faire Lösungen für die Bürger sind noch lange nicht gefunden. Die aktuelle Rechtsprechung sieht das Land nicht in der Pflicht, somit ist die Hilfe aus Potsdam umso dringender.

Im Bildungsbereich hat sich DIE LINKE für die Personalaufstockung in den Kindertagesstätten stark gemacht und diese auch durchgesetzt.

Große regionale Unterschiede bei den Kitagebühren von bis zu 300 Euro müssen angeglichen werden. »Wir müssen mehr Gerechtigkeit in den Beiträgen erreichen!«, so Christian Görke.

Parallel zur gelungenen Flüchtlingsaufnahme und -betreuung hat das Land die Standards verbessert. Im Hinblick auf die starke finanzielle Belastung des Landes (der Bund trägt 16 bis 18 Prozent der Gesamtkosten) ist das eine große Leistung.

Die Deckungslücke in Millionenhöhe verbleibt in Potsdam und muss finanziell bewältigt werden.

Es ist ein wirtschaftlicher Erfolg, dass Brandenburg, trotz hoher Ausgaben, mit die höchste Investitionsquote im Vergleich aller Bundesländer aufweist.

Die Finanzen im sozialen Wohnungsbau werden bis zum Jahr 2019 auf 100 Millionen Euro aufgestockt. »Wir müssen uns aber hier noch stärker einbringen. Unser Ziel ist eine Quartiersmischung und bezahlbarer Wohnraum.«

Die Verwaltungsstrukturreform warf auch an diesem Tag, nach ausführlicher Information über den aktuellen Stand durch Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, viele Fragen einzelner Abgeordneter auf. Nicht bei allen in der Basis ist die Reform willkommen.

»Leistungsfähige Kommunen sind für eine öffentliche Daseinsvorsorge Voraussetzung. [...] Eine langfristige und transparente Vorarbeit, auch durch eine Enquetekommission des Landtags, hat stattgefunden. Im Anschluss des Leitbildentwurfs im Juni 2015 gab es einen öffentlichen Dialog. Brandenburg ist das

einzigste Bundesland in dem eine solche Reform so umfassend öffentlich diskutiert wurde.«

Trotz aller Fürsprache wird es wohl in den eigenen Reihen noch Gegner der Verwaltungsstrukturreform geben.

Im letzten Drittel der Veranstaltung berieten die Abgeordneten in vier Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Finanzierung von Kindertagesstätten (*Gerrit Große, MdL*)
- Richtlinien zum sozialen Wohnungsbau (*Anita Tack, MdL*)
- Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels (*Anke Schwarzenberg, MdL*)
- Teilhabepläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Kommunen (*Diana Bader, MdL*)

Am Ende des Tages informierte uns Helmut Scholz über Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament. Das nächste Treffen findet 2017 statt und wird, hoffentlich mit noch stärkerer Beteiligung der kommunalen Mandatsträger, mindestens genauso erfolgreich.

Cornelia Graffunder, Zossen

EINBÜRGERUNGEN IN TELTOW-FLÄMING

Seit vielen Jahren nehme ich an Einbürgerungen von Menschen unterschiedlichster Länder in unseren Landkreis als 1. stellvertretende Kreistagsvorsitzende teil. Bisher lag die Zuständigkeit für Einbürgerungen im Wesentlichen beim Land Brandenburg. Seit dem 1. Januar 2014 liegt die Zuständigkeit für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Diese nehmen nun die Entscheidungen über die Einbürgerung ausländischer Personen als Auftragsangelegenheit wahr. Die Zuständigkeit wird damit insgesamt auf die Ebene verlagert, auf der im Land Brandenburg schon von Anfang an die an einer Einbürgerung interessierten Person informiert, beraten und durch das Einbürgerungsverfahren bis hin zur Aushändigung der Einbürgerungsurkunde begleitet werden.

Den Zielsetzungen der Funktionalreform entsprechend werden so Beratungs- und Entscheidungskompetenzen auf einer Ebene zusammengeführt.

Die Einbürgerungsanträge werden im Land Brandenburg schon im-

mer bei den Kreis- bzw. Stadtverwaltungen entgegengenommen. Werden dort die Beratungs- und Entscheidungskompetenzen zusammengeführt, so dürften sich dadurch für die Einbürgerungsbeerber die Transparenz des Verfahrens verbessern, der Verfahrensaufwand verringern und die Dauer des Verfahrens verkürzen. Dafür wird eine Gebühr von 255 Euro fällig.

Bei der jüngsten Feierstunde zur Einbürgerung im Kreishaus Luckenwalde in den Räumen der Landrätin liefen wegen der emotionalen Situation Tränen der Rührung – auf beiden Seiten. Mehrere Anwesende äußerten sich, dass sie endlich hier auch wählen gehen dürfen und somit über die Entwicklung ihres eigenen Lebensumfelds mitbestimmen können.

An diesem Tag erhielten sieben Neubürger aus Polen, der Ukraine, Russland, Vietnam und Brasilien ihre Urkunde und legten den Eid auf das Grundgesetz ab.

Maritta Böttcher, Jüterbog

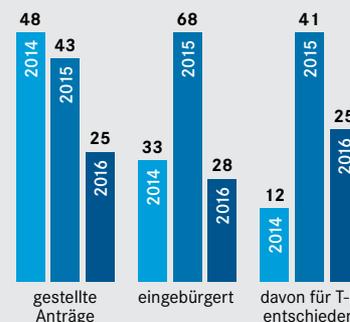
Einbürgerungen im Landkreis Teltow-Fläming

Quelle: Landkreis TF

2014 kamen die Neubürger aus **Polen (7)**, **Kasachstan (4)**, **Russland (3)**, Ungarn, Thailand, Kuba, Mexiko, Peru, Vietnam, Kirgisistan, Serbien, Irak, Bosnien-Herzegowina, Jemen, Syrien, Libanon, Litauen, Griechenland, Rumänien und Kroatien.

2015 kamen die Neubürger aus **Polen (14)**, **Vietnam (8)**, **Russland (6)**, Ukraine, China, Kasachstan, Angola, Philippinen, Türkei, Indien, Kirgisistan, Weißrussland, Algerien, Kuba, Kenia, Chile, Dominikanische Republik, Armenien, Syrien, Bosnien-Herzegowina, Mosambik, Tunesien, Slowakei, Tschechien und Lettland.

2016 kamen die Neubürger aus **Polen (5)**, **Ukraine (4)**, **Russland (3)**, Brasilien, Vietnam, Kirgisistan, Südafrika, Mexiko, Peru, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Tunesien, China, Moldau und Kenia (**STAND 19. Juli 2016**).



Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE, l.) und die stellvertretende Kreistagsvorsitzende Maritta Böttcher (DIE LINKE, r.) mit unseren neuen MitbürgerInnen.

DER SCHWERE KAMPF UM EINEN TARIFVERTRAG DER BELEGSCHAFT DES SÄGEWERKES DER KLENK HOLZ AG

Anita Tack, MdL, erklärt zu diesem Arbeitskampf:

»Seit über 18 Monaten werden die Beschäftigten der Firma hingehalten. Die Berichterstattung lässt den Eindruck zu, dass nur eine Minderheit streikt. Dem ist aber nicht so. Drei Termine hatte die Geschäftsleitung in der Vergangenheit grundlos abgesagt. Nach Warnstreiks hatten die Beschäftigten in einer Urabstimmung dann für einen unbefristeten Streik gestimmt. Am Standort gab es harte Auseinandersetzungen, der Arbeitgeber setzte die Belegschaft unter Druck, zahlte Streikbruchprämien und verweigerte dem Betriebsrat den Zutritt zum Werk während des Streiks...«

Am 27. Juni 2016 zur Frühschicht nahmen die Beschäftigten des Sägewerks der Klenk Holz AG in Baruth/Mark nach einem wochenlangen Ausstand die Arbeit wieder auf. Eine Belegschaftsversammlung hatte beschlossen, den Streik auszusetzen. Regen, Regen und immer wieder Regen. Kein gutes Wetter für die Streikposten. Fast fünf Wochen lang haben sie für einen Tarifvertrag gekämpft. Bei drückender Hitze haben sie im prallen Sonnenschein vor dem Werkstor genauso ausgehalten wie bei schweren Gewittern. Der Konflikt spitzte sich zuletzt zu. Streikposten stellten sich vor die Holzlaste. Ein Fahrer habe die Anweisung erhalten, trotzdem Gas zu geben und die Kollegen langsam wegzuschieben, berichtet Anton Gorisek von der Gewerkschaft IG Metall fassungslos. Andreas Fritsche, ND, beschreibt die Situation so: »Drei Dutzend Männer stehen und sitzen an diesem Freitag unter zwei Partyzelten, auf die der Regen prasselt. Eine Fahne der IG Metall ist dort angebracht. Mal flattert sie im Wind, mal hängt sie nass und schlaff herab. Vorerst zum letzten Mal streiken die Beschäftigten. Aus 315 Kollegen besteht die Belegschaft des Sägewerks. 89 Prozent der Mitglieder der IG Metall im Betrieb votierten zu Beginn bei einer Urabstimmung für den Arbeitskampf ...«. Sollte der Vorstand der Klenk Holz AG bis Ende August nicht einlenken und an den Ver-

handlungstisch kommen, so werde der Streik wieder aufgenommen, warnt Gewerkschaftsfunktionär Gorisek. Bisher habe der Vorstandsvorsitzende Markus Adams drei Gesprächstermine kurzfristig abgesagt. Gorisek und der Betriebs-



ratsvorsitzende Wenske möchten unbedingt einen Tarifvertrag. Nicht mehr und nicht weniger! Es geht ihnen nicht um die gleichen Löhne wie im Stammwerk Oberrot, wie fälschlicherweise immer wieder berichtet wird. Das stimme alles vorne und hinten nicht, sagt Gorisek trocken. »Herrn Adams (Vorstandsvorsitzender in Oberrot) haben wir hier schon den Dokortitel aberkannt, weil er nicht rechnen kann.« Die IG Metall würde sich auf einen Kompromiss einlassen, verlange keineswegs auf Biegen und Brechen das Lohnniveau von Oberrot. Doch so viel wie bei dem

holzverarbeitenden Betrieb (Fa. Pfeleiderer), gleich nebenan im Gewerbegebiet müssten es schon sein. 500.000 Euro im Jahr wären für eine solche Angleichung erforderlich, sagt Gorisek. Betriebsrat Wenske fügt hinzu, ungerecht

zu setzen. Dagegen zeigen sich die Abgeordneten Andreas Bernig und Anita Tack (beide DIE LINKE) ohne Abstriche solidarisch« (A. Fritsche, ND).

DIE LINKE, auch und vor allem hier in Teltow-Fläming, ist solidarisch mit den Streikenden in Baruth. Gemeinsam haben wir bei unseren Besuchen bei den streikenden Holzarbeitern in Baruth neben sehr angeregten Gesprächen auch die Streikkasse aufgefüllt.

Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten nach Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen, Einführung eines Entgelttarifvertrages, den Abbau der betrieblichen Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung, nach 30 Tagen Urlaub, Weihnachts- und Urlaubsgeld. DIE LINKE fordert die Fortführung der Verhandlungen und endlich brauchbare Ergebnisse zugunsten der Belegschaft.

Unsere Kreistagsfraktion hat sofort nach unseren Besuchen im Juni die Unternehmensleitung angeschrieben und Gesprächsbedarf angemeldet. Es kam auch eine Antwort von der Unternehmensleitung:

»...Wir sind zuversichtlich, dass die momentane Unterbrechung des Streiks als positives Signal zu verstehen ist und wir zeitnah einen Kompromiss im Tarifstreit finden werden können.

Wir bedauern sehr, dass wir derzeit aus terminlichen Gründen nicht in der Lage sind, Ihrem Wunsch nach einem persönlichen Treffen zu entsprechen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen jederzeit bei Fragen zur Verfügung, die uns schriftlich gestellt werden sollten.«

Ich antworte hier öffentlich: Nutzen Sie als Unternehmensleitung die Zeit, um mit ihrem Geschäftspartner, dem Finanzinvestor Carlyle Group, der hinter der Klenk Holz AG steht, zu klären, zumindest den standortüblichen Tarif zu zahlen.

Gerechte Löhne! Arbeit, von der man leben kann! Einen Tarifvertrag, der all das festschreibt. Das muss drin sein!

Maritta Böttcher, Jüterbog

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE, im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 31.7.2016
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.900
August 2016, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.